

Stellungnahme zum Antrag

Vorlage Nr.: 2023/0886/2

Verantwortlich: **Dez. 2**
Dienststelle: **Kulturamt**

Antisemitismus in Blick nehmen Änderungsantrag: FW|FÜR

| Gremien | Termin | TOP | Ö / N | Zuständigkeit |
|-------------|------------|-----|-------|---------------|
| Gemeinderat | 24.10.2023 | 7.2 | Ö | Entscheidung |

Kurzfassung

Der Antisemitismus ist eine besondere Form der Menschenverachtung und wird als solche in den Maßnahmen, die im Positionspapier genannt sind, benannt. Die Vorschläge zur Vorgehensweise werden von der Verwaltung übernommen. Damit kann der Antrag als erledigt betrachtet werden.

| | | |
|--|---|--|
| Finanzielle Auswirkungen | Ja <input type="checkbox"/> Nein <input checked="" type="checkbox"/> | |
| <input type="checkbox"/> Investition <input type="checkbox"/> Konsumtive Maßnahme | Gesamtkosten: Jährliche/r Budgetbedarf/Folgekosten: | Gesamteinzahlung: Jährlicher Ertrag: |
| Finanzierung <input type="checkbox"/> bereits vollständig budgetiert <input type="checkbox"/> teilweise budgetiert <input type="checkbox"/> nicht budgetiert | Gegenfinanzierung durch <input type="checkbox"/> Mehrerträge/-einzahlung <input type="checkbox"/> Wegfall bestehender Aufgaben <input type="checkbox"/> Umschichtung innerhalb des Dezernates | Die Gegenfinanzierung ist im Erläuterungsteil dargestellt. |

| | | | | |
|---|-------------------------------|-----------------------------|--|--|
| CO₂-Relevanz: Auswirkung auf den Klimaschutz Bei Ja: Begründung Optimierung (im Text ergänzende Erläuterungen) | Nein <input type="checkbox"/> | Ja <input type="checkbox"/> | positiv <input type="checkbox"/> negativ <input type="checkbox"/> | geringfügig <input type="checkbox"/> erheblich <input type="checkbox"/> |
| IQ-relevant | Nein <input type="checkbox"/> | Ja <input type="checkbox"/> | Korridor Thema: | |
| Abstimmung mit städtischen Gesellschaften | Nein <input type="checkbox"/> | Ja <input type="checkbox"/> | abgestimmt mit | |

Erläuterungen

Der Antisemitismus ist eine besondere Form der Menschenverachtung und wird als solche in den Maßnahmen, die im Positionspapier genannt sind, benannt.

Ein entsprechender Satz wurde in das Positionspapier eingefügt. Die Vorschläge zur Vorgehensweise werden von der Verwaltung übernommen. Damit kann der Antrag als erledigt betrachtet werden.